

Anfragen zum Plenum in der 49. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Sepp Daxenberger
(GRU)

Nachdem in den letzten Wochen erneut eine rege öffentliche Diskussion um den geplanten Bau eines Wasserkraftwerks im Freilassinger Becken an der Salzach stattfand, frage ich die Staatsregierung nach deren Einschätzung der Wahrscheinlichkeit der Realisierung dieses Vorhabens, insbesondere vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Salzachrenaturierung, und ob für die Umpfanung, die für ein Kraftwerk notwendig wäre, ein neues Raumordnungsverfahren gemacht werden müsste bzw. damit eine zeitlichen Verzögerung der Sanierung einher gehen würde und welcher Kraftwerkstyp nach Informationen der Staatsregierung für dieses Projekt geplant ist?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem in der Presse über den „Streit um das richtige Gedenken“ in Kaufering bzw. darüber berichtet wurde, dass Sprecher des Verbandes „Association of Survivors Landsberg/Kaufering Outer Camps of Dachau“ Pläne der Gemeinde, am Gedenkort „Rampe/Waggon“ außer an das Leid der KZ-Häftlinge auch an das der Heimatvertriebenen zu erinnern, als „eine Verhöhnung der Naziopfer verurteilt“ hätten, frage die Staatsregierung, ab wann diese nunmehr zurückgenommenen Pläne der Staatsregierung bekannt waren, warum es nach dem Gespräch der Vertreter der Stiftung Bayerische Gedenkstätten mit dem Verein „Gedenken in Kaufering“ über die beiden Gedenkorte am Bahnhof am 28. Oktober 2009 trotzdem zu einer gemeinsamen Pressemitteilung über einen „konstruktiven Dialog“ kommen konnte und was sie unternehmen will, damit das Gedenken in Kaufering den aktuellen historischen Forschungsstand widerspiegelt bzw. es nicht wieder zu einem vergleichbaren Eklat kommt?

Günther Felbinger
(FW)

Wer sind die Träger der Frühförderung in den unterfränkischen Landkreisen Rhön-Grabfeld, Kitzingen, Hassberge, Schweinfurt, Würzburg und Main-Spessart und wie groß ist die Anzahl der betreuten Kinder in den jeweiligen Landkreisen seit dem Jahr 2000 und welche Kosten entstehen durch die Frühförderung den öffentlichen Kassen (Kommunen, Freistaat, Krankenkassen etc.)?

Thomas Gehring
(GRU)

Hinsichtlich des sogenannten Bildungsgipfels am 16. Dezember 2009 frage ich die Staatsregierung, wie und mit welchen konkreten Maßnahmen 7 Prozent der Ausgaben des Bruttoinlandsprodukts für künftige Bildungsaufgaben erreicht werden sollen und wie die Landesregierung für die Position der Finanzministerinnenkonferenz bezüglich der Einreichung bzw. der Berechnung des 7-Prozent-Ziels einschätzt?

Ulrike Gote
(GRU)

Nachdem für eine Versammlung des Coburger Aktionsbündnisses gegen rechtsradikale Aktivitäten (CArA) am 31. Oktober 2009 als Auflage ein Verbot von Seitentransparenzen ausgesprochen wurde, frage ich die Staatsregierung, wie sie generell das Verbot von Seitentransparenzen begründet, welche konkreten Erfahrungen mit bzw. Erkenntnisse über den Veranstalter dieser Versammlung die Auflage rechtfertigte und ob sie ein Verbot von Seitentransparenzen auch dann für verhältnismäßig hält, wenn die Veranstalter einer Versammlung bisher nicht negativ aufgefallen sind?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Welche Meinung vertritt die Staatsregierung zur Notwendigkeit des Ausbaus von Krippenplätzen, über die Qualität der Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in den Kinderkrippen und stellt sie ihren bisherigen Ausbauplan zur Disposition, da die dafür zuständige Staatsministerin, Frau MdL Christine Haderthauer, laut Medienberichterstattung anlässlich einer CSU-Veranstaltung in Hopferstadt sich kritisch über Kinderkrippen äußerte?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen hätte die Aussetzung der kommunalen Kofinanzierung 2010 durch die Stadt Augburg für den Fortgang des Hochwasserschutzprojektes „Wertach Vital“, um welchen Zeitraum würde die Herstellung einer erforderlichen Hochwassersicherheit hierdurch verschoben werden und wer könnte gegebenenfalls schadensersatzpflichtig herangezogen werden, wenn im fraglichen Zeitraum es wieder zu einer erneuten Hochwasserkatastrophe käme?

Annette Karl
(SPD)

Vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen im Bereich der Schulverwaltung in Bayern, hier speziell den Schulämtern, frage ich die Staatsregierung, sind Zusammenlegungen von Schulämtern mit Wegfall von Planstellen, insbesondere bei den Schulämtern Tirschenreuth und Weiden/Neustadt in der Oberpfalz, beabsichtigt und wenn ja, wie viele und welche Stellen sollen dadurch eingespart werden?

Ulrike Müller
(FW)

Ist es zutreffend, dass in rotwildfreien Gebieten grobe Verstöße gegen §17 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes – AVBayJG – (Rotwildfreiheit, Hegeverbot) von den Jagdbehörden des Freistaates nicht geahndet werden, dass keine Anordnungen und Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der Rechtswirksamkeit angewandt werden und dass statt dessen versucht wird, die betreffenden Gemeinschaftsjagdreviere ohne Anhörung der betroffenen Jagdgenossenschaften in bestehende Rotwildgebiete einzuordnen?

- Thomas Mütze**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, ob sie das geplante Zentrum für wissenschaftliche Services und Transfer (ZEWIS) in Aschaffenburg bzw. Obernburg im Nachtragshaushalt 2010 oder im Doppelhaushalt 2011/2012 fördern wird, wenn ja, in welcher Höhe, wenn nein, warum nicht?
- Christa Naaß**
(SPD) Ich bitte die Staatsregierung um Mitteilung, wann und wie viel Mittel zur Ausgestaltung des von Herrn Staatsminister Söder in Aussicht gestellten Sonderfonds zur Verbesserung des Wirkungsgrades von Kläranlagen im Einzugsbereich des Altmühlsees zur Verfügung gestellt werden und welche Gemeinden dafür infrage kommen?
- Franz Schindler**
(SPD) Da im Staatsministerium für Unterricht und Kultus laut eigener Aussage in der Antwort auf eine Anfrage zum Plenum vom 6. Oktober 2009 „Überlegungen“ angestellt werden, Wirtschaftsschulen in einem Schulversuch an Hauptschulen bzw. den noch nicht existenten „Mittelschulen“ in der besonderen Form einer Kooperation von Hauptschule und Wirtschaftsschule einzurichten und der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt bereits Ende Oktober 2009 die Errichtung eines entsprechenden Modellversuchs an der Hauptschule West in Neumarkt begrüßt und die Kostenaufteilung zwischen den beteiligten Sachaufwandsträgern beschlossen hat, frage ich die Staatsregierung, wann der Herr Staatsminister den genannten Schulversuch genehmigt hat, ob beabsichtigt ist, in der Stadt Schwandorf einen weiteren Modellversuch in der Oberpfalz einzurichten und ob dies in Abstimmung mit dem Sachaufwandsträger der beruflichen Schulart Wirtschaftsschule und dem Sachaufwandsträger der Hauptschule erfolgt?
- Stefan Schuster**
(SPD) Wie viele kostenwirksame Stellenhebungen, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Ressorts, wurden im Zusammenhang mit dem November-Kürzungspaket der Staatsregierung vom 1. September 2010 auf den 1. Januar 2011 verschoben?
- Adi Sprinkart**
(GRU) Wie hoch war an den Berufsschulen der Abschlag von den berechneten Stundendeputaten jeweils in den letzten vier Schuljahren, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken?
- Claudia Stamm**
(GRU) Angesichts des Umzuges des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung von München nach Fürth und der Tatsache, dass von den ca. 530 Beschäftigten der Abteilungen 1 bis 4 57 Prozent Frauen sind, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen ergriffen werden, um den sich aus dem Umzug ergebenden negativen Konsequenzen für Frauen entgegenzuwirken wie z.B. in Form von Kinderbetreuungsangeboten, Ganztagschulen, Lehrplätzen, Pflegestellen für Angehörige, günstigem und nahem Wohnraum?
- Christa Steiger**
(SPD) Welches Konzept der Staatsregierung verbirgt sich hinter der Aussage des Mitglieds der Staatsregierung, Frau MdL Staatsministerin Christine Haderthauer, die anlässlich einer CSU-Veranstaltung in Hopferstadt laut Medienberichterstattung für die

häusliche Pflege empfiehlt: „Pflegerkräfte aus dem Osten, die sind nicht nur billig, sie entlasten auch die unterbezahlten einheimischen Pflegerkräfte“ im Hinblick auf die Zukunft der Pflege, Behebung des Pflegenotstandes, der Pflegeausbildung, der Qualität und einer existenzsichernden Entlohnung von Pflegerkräften und wie steht die Staatsregierung zum Mindestlohn in der Pflege?

Reinhold Strobl
(SPD)

Wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, dass EU-Bürger sich nicht für Volksbegehren eintragen dürfen, wie es derzeit bei dem aktuellen Volksbegehren Nichtraucherschutz der Fall ist, aber als eingetragene Wähler bei Europawahlen und Kommunalwahlen mit ihrer Stimme ein Mitbestimmungsrecht haben und so am demokratischen Leben in dem Land, in dem sie als EU-Bürger leben, teilnehmen können?